



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1917

590 (17.12.1917) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-176063](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-176063)

den, als man heute denke. Die Anfrage im Unterhaus, die eine so große Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der Regierung betonte, wäre tausendmal so schlimm als je.

Friedensoffensive in England.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Br.-Tel.) Die Schweizer Depeschendienst berichtet: Der Secolo spricht von einer eigentlichen Friedensoffensive in England, gegen welche die Minister durch vaterländische Kundgebungen ankämpfen. Churchill spreche von einer Gefahr für den Viererband, die nicht in der militärischen, sondern in der politischen Lage ihren Ursprung habe. Die wachsende Friedensbewegung wird natürlich als das Werk der feindlichen Agitation hingestellt.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Br.-Tel.) Einer seiner Reden zufolge berichtet die „Morningpost“: Für die Behauptung der englischen Friedensoffensive große politische Kundgebungen in den verschiedenen Königreichen ein. Die zur Verteilung auf den Straßen und in den Fabriken gelangenden Aufrufe gestalten sich nachgerade zu einer Belästigung der für die heilige Verteidigung des Krieges einziehenden Bevölkerungsschichten. Allein in der Umgebung von Glasgow wurden für die Weihnachtstage 40 Versammlungen für den Frieden abgehalten.

Der Fall Callaux.

Aufhebung der Immunität Callaux' und Constalots.

Paris, 16. Dez. (W.B. Nichtamtlich.) Der Ausschuss der Kammer stimmte mit 9 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen der Aufhebung der parlamentarischen Immunität Callaux' und Constalots zu und erklärte Constalot als Berichterstatter.

Clemenceau droht mit Rücktritt.

Paris, 16. Dez. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Vor dem parlamentarischen Ausschuss zur Prüfung der Angelegenheit Callaux erklärte Clemenceau unter Hinweis auf die diplomatischen Schwierigkeiten, daß die Kammer die Immunität Callaux' in Rom die italienische Regierung beunruhigt habe. Somit hat dies den Wohlwollen Frankreichs, Englands, Australiens und dem rumänischen Gesandten mitgeteilt. Clemenceau sagte hinzu, wenn die gegen Callaux vorgebrachten Vermutungen irgend einen einfachen Bürger betreffen würden, so würde es keine Erörterung geben. Die Regierung hat ihre Verantwortung übernommen, die Kammer wird die ihrige tragen. Wenn die Kammer die Strafverfolgung Callaux' ablehnen sollte, so würde die Regierung zurücktreten.

Der Ausschuss hörte darauf Callaux an. Er stimmte sodann für die Aufhebung der Immunität Callaux' und beschloß die von der Regierung mitgeteilten Schriftstücke sowie den stenographischen Bericht des Ausschusses zu veröffentlichen.

Die Erörterung der Kammer findet am Donnerstag oder früher statt.

Das Ergebnis der Unterredung Callaux mit Clemenceau.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Br.-Tel. g. R.) Das Journal de la Peuple schreibt, daß Callaux Unterredung mit Clemenceau gehabt habe, daß Clemenceau erklärte, er denke nicht nur daran Callaux' parlamentarisch zu entlassen, sondern er habe die gleiche Pflicht gegen alle Abgeordneten, die sich als schädlich für die kommenden Friedensverhandlungen erwiesen hätten. Er müsse nur daran denken, Frankreich einen günstigen Friedensschluß zu sichern.

Das Schiedsgericht Clemenceaus.

Einer seiner Reden zufolge berichtet das „Journal de la Peuple“, daß Clemenceau gegen 67 Abgeordnete in der Kammer das Verfahren vor dem Schiedsgericht vorbereite, um gegen jede Friedensverletzung in Frankreich mit sterner Strafe einzuschreiten.

Die Lage in Rußland.

Englische Flotteneinheiten in russischen Gewässern.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Br.-Tel. g. R.) Die „Boston National-Zeitung“ meldet aus Petersburg, daß sich englische Flotteneinheiten an der Nordküste Rußlands- und an der Murmanhäfte konzentrieren.

Beschlagnahme der russischen Paläste und Schlösser.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Br.-Tel. g. R.) Der Berner „Bund“ meldet aus Petersburg: Der Rat der Volkswirtschaftler genehmigt eine Gesetzesvorlage betreffend die Beschlagnahme der russischen Paläste und Schlösser. Gemäß der Vorlage werden sämtliche dem ehemaligen Hof, den zaristischen Ministern und den einzelnen Mitgliedern der Zarenfamilie gebörenden Paläste zu Gunsten des Staates beschlagnahmt. Das bekannte Marmorpalais des Prinzen Alexandrowitsch Romanow, sowie alle darin befindlichen Kunstschätze werden als nationales Eigentum erklärt.

Trennung von Kirche und Staat.

Petersburg, 15. Dez. (W.B. Nichtamtlich.) Neuermeldung. Beim Erscheinen des neuen maximalistischen Bürgermeisters besetzen alle Beamten der Petersburger Stadtverwaltung das Rathaus, indem sie gegen die Angeschuldigten der maximalistischen Verwaltung Einspruch erheben.

Die Volkswirtschaftler haben einen Antrag heraus, der die Trennung von Kirche und Staat fesselt und gleichzeitig die Kirchen- und Klostergüter, Gold, Silber und Edelsteine in den Kirchen und Klöstern der Geistlichkeit einzieht. Ferner wird die Vermögenshaftigkeit verpflichtet, in den nicht zum Kampf verwendeten Teilen des Heeres zu dienen.

General Potjomkin, der Oberbefehlshaber der Nordfront, wurde verhaftet und nach der Peter-Pauls-Festung gebracht.

Ungültigkeitserklärung von Wahlen durch Wahl.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Br.-Tel. g. R.) Die „Boston Nachrichten“ melden aus Paris: Das maximalistische Zentralkomitee annulliert die Wahlen in Elisabethgrad, wo der jüdische Block überwiegend gestimmt hatte. Dieser Befehl führte zu heftigen Auseinandersetzungen, wobei die Wahlmänner vertrieben werden mußten. Auch die Wahlen in einer Reihe anderer Bezirke wurden von Lenin für ungültig erklärt.

Das erste polnische Kabinett.

M.W. Rudzki braucht zwei Wochen Zeit, um das erste polnische Kabinett zu bilden. Die Verhandlungen gingen äußerst langsam. Bei einzelnen hervorragenden Punkten sind die Ministerpräsidenten sich einig und viel Opferbereitschaft. Tagesrunden sind von politischen Gruppen Bedingungen gestellt, deren Erfüllung nicht von ihm abhing. Die Pläne sind bereit, ihn um den Preis der Freisetzung Willkürs, der in Szeged internierten Legionäre und der in Jamburg internierten P.O.W.-Deute*) zu unterliegen. Einzig die Liga des polnischen Staatswesens erklärte dem Premier, daß sie ihn bedingungslos und vorbehaltlos unterstützen werden.

Die in das Ministerium eingetretenen Aktivisten sind nicht direkt Parteimitglieder, um so weniger Vertreter von Parteien. Sukowicki, der Außenminister, und Mikulowicz-Pomorski

*) P.O.W. = die Alliierten trug ergebene polnische militärische Organisation.

114, der Minister für Landwirtschaft, wurden höchstens als mit der Liga des polnischen Staatswesens sympathisierend angesehen. Sukowicki, der Außenminister, war nur kurze Zeit tätiges Mitglied der Gruppe der nationalen Arbeit. Pomulowicz ist Mitglied der Liga des polnischen Staatswesens gewesen. Seit der Zeit, wo diese vier Männer zu höheren Ämtern berufen wurden, haben sie, wie es scheint, Parteipolitik gar nicht beachtet. Der Aktivismus ist vor allem dadurch in Erscheinung getreten, daß sie sich an die Spitze von Arbeitsgruppen stellten, die in erster Linie dem Aufbau des polnischen Staatswesens auf Grund der Wite 2001 5. November 1911 und vom 12. September 1917 dienen. Als Anhangsmitglied ins Kabinett berief, sollte er wieder Aktivist der Parteiführer sein, noch wünschte er sich dadurch gewissermaßen die Unterstützung der Parteigruppen zu erlangen. Der Aktivismus als Faktor spielte hier mehr eine symbolische als eine politische Rolle. Es handelte sich um eine Ausweitung von Rechten, die zustande wären, große Arbeitsgebiete zu übernehmen und gewillt wären, in dieser Richtung schon jetzt zu arbeiten.

Jetzt man ferner in Erwägung, daß von den anderen Ministern bei dem Aktivismus entzogen wurden, der sich ostentativ von ihnen abwendet, und daß der neue Minister ein aus dem Arbeiter-Boden völlig neuer Mann ist, so wird es einleuchtend sein, daß das erste polnische, im weitesten und umfassenden Sinne des Wortes aktivistische Kabinett kein politisches Kabinett ist.

Drei Minister gehörten noch vor kurzem dem Interparteilichen Klub an. Im Gegensatz zu den drei aktivistischen Ministern waren sie mit ihren Parteien eng verbunden. Sieck war sogar der hervorragendste und populärste Leader der Nationaldemokraten nach Dmowski. Aus der national-demokratischen Partei und aus dem Interparteilichen Klub ist er erst vor einigen Tagen ausgetreten. Am Anfang seiner Karriere war er Journalist; durch Debatte wurde er rasch Grundbesitzer im Lubliner Gebiet; er war Abgeordneter in der ersten und zweiten Duma. Die zwei anderen, dem parlamentarischen Lager entnommenen Minister sind Dzialowski, Rabizinski und Jaglenczyk, der Minister für Handel und Industrie, war früher Nationaldemokrat und Abgeordneter in der ersten Duma; zuletzt gehörte er der Gruppe der wirtschaftlichen Selbstständigkeit an. Przymusiński, der Appositionsminister, war Mitglied der polnischen fortgeschrittenen Partei.

Der Eintritt dieser drei Männer in das Kabinett Kochanowski ist zwar noch keineswegs ein Hinübergehen der polnischen Waffe auf das Feld des Aktivismus. Kochanowski ist er aber ein Sieg des Aktivismus über den Parlamentarismus, da diesem die wichtigsten Leute entzogen werden. Und das Streben nach die Kraft des Aktivismus sind gegenwärtig wieder in vermehrter Weise ersichtlicher.

In der polnischen Volksgemeinschaft wird es als ein geschichtlicher Schritt Kochanowski betrachtet, daß er diese hervorragenden Persönlichkeiten gewonnen hat. Dadurch stärkt er die Angriffskraft des Interparteilichen Klubs. Andererseits macht die Verabschiedung der drei Minister aus dem Klub ein gutes Zeichen, denn sie zeigt, daß der Premier sich rasch von persönlichen Sympathien, noch von engen Parteizusammenhängen löst, sondern tüchtige Männer wählt, wo sie zu finden waren.

Von den acht polnischen Ministern hat nur einer, eben der obige, gar keine politische Färbung. Es ist Strogowski, der Finanzminister. Er ist Mitglied des Wiener Herrenbundes, Direktor der Handelsbank in Lemberg, ein Mann von großer Beredsamkeit. Strogowski hat in die galizische Industrie Leben gebracht und ist ungarischer; sein Weltberühmt ist der während des Krieges beträchtliche Ankauf der Kohlenlager Galiziens für Rechnung des Handels. Er bringt ein Opfer, indem er eine höhere und ärgerlich vornehmere Stellung um eines Vorbeschlusses willen aufgibt, das durch nichts sichergestellt ist und auf einem dünnem Wege liegt.

Letzter Vorbed in Portugiesisch-Ostafrika

Von Dr. Karlheide (Steglich).

Keiner meidet voller Bewunderung, daß die deutsche Schutztruppe in Ostafrika von deutschem Boden vertrieben und nach Portugiesisch-Ostafrika abgedrängt sei. Mit diesem von Reuter zwar nicht zugestanden, aber offensichtlich durch die Durchführung der englisch-belgischen Linien durch die noch vorhandenen deutschen Truppen unter ihrem Feldführer Letzter Vorbed ist der ungleiche Kampf, der sich nun schon seit über drei Jahren in Ostafrika abspielt, in eine neue Phase eingetreten, die in mehr als einer Beziehung interessant und von der nur schwer zu sagen ist, wie sie sich noch gestalten kann.

Unserer kleinen Schutztruppe oder dem, was noch von ihr übrig ist, ist das neue Kampfgebiet nicht fremd. Vor dreizehn Jahren mußte auf Geheiß Londons Portugal von seiner ostafrikanischen Kolonie im Süden unseres Schutzgebietes her in den Kampf eingreifen, um vollenden zu helfen, was zwanzig, dreißigjähriger englisch-belgischer Lebermacht nicht gelungen war. Anfangs gelang es den Portugiesen, an einigen Stellen etwa 60 Kilometer tief in Deutsch-Ostafrika einzudringen und einige Eingeborenenhöfe wegzunehmen. Letztere, die in Lifabon als „Leistungen“ der portugiesischen Heilbringer geachtet wurden, denen aber sehr bald der Rachenstich folgte. In kurzem, raschem Anlauf warfen Letzter Vorbeds Truppen, obgleich sie zur selben Zeit sich der neuen belgisch-englischen Offensiven zu erwehren hatten, die portugiesischen Truppen aus unserer Kolonie heraus und verlegten sie tief in portugiesisches Gebiet hinein. Ein nicht unbedeutender Teil ihrer Kolonie wurde von den Portugiesen, die in den Kämpfen mit unserer Truppe schwere Verluste an Menschen und Material erlitten hatten, damals geräumt. Ob die deutsche Truppe später das belgische portugiesische Gebiet wieder aufgegeben hat, ist nicht ersichtlich, wenigstens aus den spärlichen englischen und portugiesischen Meldungen nicht klar zu erkennen. Die Tatsache, daß die Portugiesen keine neuen „Siegesmeldungen“ schickten, läßt es immerhin nicht unwahrscheinlich sein, das Letzter Vorbed in flüchtiger Voraussicht sich rechtzeitig den Rückzug nach Süden durch Befragung des Nordens von Portugiesisch-Ostafrika gesichert hat. Die Portugiesen wären hiergegen umso machtloser gewesen, als seit Monaten die Eingeborenen weiter Teile ihrer Kolonie sich in hellem Zustand befinden, der nach den letzten vorliegenden amtlichen Nachrichten von Ende Oktober noch weit davon entfernt war, erloschen zu sein. Zahlreiche Weibe waren ermordet, eine große Anzahl Orte war von den Aufständischen niedergebrannt worden, so daß schon mehrfach europäische Expeditionskorps von Portugal aus zur Verhinderung entsandt werden mußten. Wie übel es für die Portugiesen ausfallen mußte, geht aus einer Meldung der in der Hauptstadt der Kolonie Lourenço Marques erscheinenden englischen Zeitung hervor, in der es heißt, „der Aufstand bringe größeres Elend ins Land, als die Deutschen je hätten bringen können.“ Und die Südafrikanische Zeitung „De Volksstem“ schrieb vor einigen Tagen: „... Der Aufstand in Portugiesisch-Ostafrika nimmt immer größere Abmessungen an. Die Grundursache, mit der Ueberfälle ausgeführt werden, läßt darauf schließen, daß hier die Deutschen die Hände im Spiel haben.“

Da es sich bei den in Betracht kommenden Eingeborenenstämmen um ein ausgezeichnetes kriegerisches Menschenmaterial handelt, das schon immer der verfolgten portugiesischen Verwaltung tatkräftigen und häufig erfolgreichen Widerstand entgegengekehrt hat, wäre es denkbar, daß Letzter Vorbeds flüchtiger Taktik es gelingen könnte, gefügig auf die aufständischen Eingeborenen, den Kampf in Form eines Guerillakrieges nach hinzuziehen. Da Portugal gleichzeitig auch auf der anderen Seite Afrikas, in Angola, mit schwerem Eingeborenenaufstand

zu kämpfen hat und selbst zu Hause eine Revolution die andere abhört, sieht es selbst den Dingen ziemlich machtlos gegenüber. Die Weltgeschichte macht die besten Witze!

In England wird offen der Plan einer Expropriation Portugals in Afrika erörtert, so offen, daß mehrfach schon in der Lifaboner Abgeordnetenkammer rhetorischer Widerspruch gegen die Annektionsabsichten des „Bundesgenossen“ erhoben wurde. Die portugiesische Zeitung „Quota“ schrieb kürzlich dazu: „Niemand in Portugal könnte gestatten, daß das Ergebnis des Krieges eine Veräußerung des portugiesischen Volkes sein werde, das weit davon entfernt ist, aus irgendwelchem Grunde das Recht verloren zu haben, das es an seine geschichtlichen Besitzungen, an die Frucht seines kolonialistischen Wertes, sowie an die Achtung anderer Völker, besonders derer, die mit Portugal verbündet sind, hat.“

Dieses in London besprochene Kolonialreich in Afrika als vorgeschlagene Lösung der afrikanischen Frage sollte ein Kolonialreich werden, das die Kolonien der kriegführenden Mächte im tropischen Afrika von Meer zu Meer umschließt, vom Norden Jambesens bis zum Süden der Sahara. Es sollte ein Reich werden, das der Initiative aller Völker offen stünde, ein neutralisiertes Land, eine terra nullius, weil es ein res omnia sein würde, zu dessen Bildung jedoch wenigstens eine Kolonialmacht ausgeplündert werden müßte, die bis jetzt durch Ballentat noch keinen Streifen ihres Besitzes habe hergeben müssen... Und diese Nation wäre Portugal.

Wenn England nunmehr den Kampf gegen Letzter Vorbed auf portugiesischem Gebiet fortsetzt, dann könnte es allerdings dazu kommen, daß es portugiesischen Boden — erobert. Das korrupte Portugal würde diese Entwicklung wohl nicht hindern können, vielleicht aber der ostafrikanische Hindenburg, wie eine englische Pressstimme ihn neulich nannte, unfer Letzter Vorbed! Das wäre allerdings ein Treppenvitz der Weltgeschichte!

Die Volksernährung.

Maßnahmen zur Lebensmittelförderung.

Karlsruhe, 16. Dez. Die Regierung ist besorgt, daß befürchtet ist, daß der Markt sehr reichlich und mit ausreichendem Mengen von Getreide beliefert wird. Diese Aufgabe hat ihre schwierigsten Seiten, besonders die, daß wie keine hervorragende große Ernte einbringen konnten. Es ist darum eine Verordnung erlassen worden, wonach der Getreideausfuhr bis zum 31. Januar erfolgt sein muß und die Zulassung im Hinblick auf den Ausfuhr zu erfolgen hat. Unmittelbar nach diesem Termine soll eine Aufnahme bei den Landwirten durch eine Kommission erfolgen. Den Landwirten darf ein Weizengetreide 2 1/2 Kilogramm für den Kopf und Monat bis zum 15. August, 2 Kilogramm Hafer und Gerste und ein Kilogramm Hülsenfrüchte, außerdem das Saatgut belassen werden, ferner in beschränktem Umfang das Futter. Es sind noch andere Maßnahmen notwendig, die auf eine sichere Versorgung hinwirken. Der Höchstpreis von 300 Mk. pro Tonne Weizen soll vom 1. März um 100 Mk. ermäßigt werden, der Roggenpreis von 280 auf 180 Mk. Bei Getreide und Hafer wird dagegen die Durchschnittspreise bis zum 31. Januar höher gemehrt. Für Hafer, der knapp ist, wird eine Preisobergrenze von 70 Mk. bis zum 31. Dezember gemehrt, von 80 Mk. von 31. Dezember bis 31. Januar. Für Hafer ist der Preis bis 31. Dezember 400 Mk., vom 1. bis 31. Januar 380 Mk., während des Februar 270 Mk., vom 1. März ab 170 Mk.; für Gerste bis 31. Dezember 380 Mk., vom 1. Januar bis 31. Februar 270 Mk. und vom 1. März ab 170 Mk. Die Maßnahmen bei Hafer und Gerste erfolgen deshalb, weil unsere Vorräte bei diesen Getreidearten wenig reichhaltig waren.

Die Kartoffelversorgung ist dagegen befriedigend. Es konnten bereits mehr Kartoffeln in die Städte gebracht werden, als im ganzen Vorjahre, und die Städte haben bereits nahezu schon die Kartoffeln, die sie bis zum 1. August brauchen. Aus Reichweinsland ist erst ein kleiner Betrag herbeigeschafft worden, weil dort mit großen Schwierigkeiten im Transportwesen zu kämpfen hatten. Die Kartoffelration auf 10 Pfund zu erhöhen, wie es vielfach gewünscht wurde, ist aus Gründen der Vorkasse zur Zeit nicht angängig. Das Bedürfnis besteht, daß der Fleischstand nach den vorhandenen Futtermitteln gedeckt wird. Da die Futtervorräte nicht übermäßig groß sind, dürfen nicht zu viel Tiere aufgezogen werden. Es wurde deshalb eine Senkung des Schweinepreises vorgenommen. Eine Mästung der Schweine über die vorhandenen Futtermittel hinaus soll nicht erfolgen. Darum soll der Schweinebestand reduziert werden, und es sind Maßnahmen getroffen worden, damit die Landwirte die leichten Schweine abfüttern. Der Landwirt soll dafür entschädigt werden. Bis zum 15. Januar erhält er für die leichten Schweine denselben Preis, wie für die schweren. Außerdem wird noch für die leichten Schweine ein Zuschlag gegeben. Dieser beträgt 18 bis 6 Mk., er hört auf, wenn das Schwein über 150 Pfund schwer ist. Man hofft dadurch den Schweinebestand so zu halten, daß alle Schweine weggemessen, die nicht notwendig sind zur Zucht und zu Hausfleischungen.

Die Milch- und Fettversorgung ist, wie wir schon mitgeteilt haben, neu geregelt worden; das Umlaufverfahren wurde vereinfacht. Für die Umlieferung in den Bezirken und in den Gemeinden sollen besondere Ausschüsse gebildet werden. Der Landwirt, der nicht abliefern, obwohl er es kann, wird durch verschiedene scharfe Maßnahmen bedroht. Bei der Vereinfachung wurde der Futtermittelpreis nicht geändert; es wurden aber Zuschläge vorgeschrieben, wenn das Viehfleisch überhöht wird. Es erhalten also die Beweinder, die fleischig abliefern, bessere Preise. Die Ermäßigung der Preise ist vorgesehen, wenn eine Gemeinde unter dem Viehfleisch bleibt. Die Verkaufspreise wurden auf Ansuchen der Stadtmagistrate erhöht, weil sich die Aufbringungskosten für Milch erhöht haben. Die Verkaufspreise für Eier bis zu 4 Hfr. erhöht werden, die Höchstpreise für Kornmehl um 2 Hfr. Der Preis für Sandbutter ist auf bis 2 1/2 Hfr. festgesetzt worden. Im letzten halben Monat wurden 234 Kilogramm des Viehfleischs abverkauft. Wir werden in den nächsten Monaten noch nicht im Uebermaß leben können, aber unsere Rohstoffmangelstände sind so, daß wir damit durchhalten können bis zu einem Frieden, der dem deutschen Volke die friedliche Entfaltung seiner Kräfte gewährleistet.

Übertragung der dreimonatigen Frist für Hauschlachtungs-Schweine.

Viele Besitzer eines zur Hauschlachtung zugelassenen Schweines glauben trotz vorliegenden Futtermangels unter allen Umständen die Hauschlachtung erst nach dreimonatiger Haltung des Tieres vornehmen zu dürfen. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß die Landeszentralbehörden von dieser Haltung, oder Abfuhrfrist Ausnahme zulassen können. Da die schleimige Bornhaft der Hauschlachtungen, deren überlegende Zahl vor Weihnachten stattfindet, namentlich beim Mangel oder gar Fehlen erlaubten Schweinefutters unumgänglich notwendig ist und von den Kommunalverordnungen nacheinander werden muß, so hat der Herr Staatssekretär des Reichsernährungsamts die Landeszentralbehörden ersucht, von der ihnen übertragene Befugnis, Ausnahmen von der dreimonatigen Haltefrist zuzulassen, Gebrauch zu machen und diese Befugnisse dem Kommunalverordnungen für alle Hauschlachtungen zu übertragen, in denen die Schlachtung eines Hauschlachtungsschweines üblich gewesen ist.

Wer wird der Schweizerische Gesandte in Berlin?

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Br.-Tel. g. R.) Dem Berner „Lageblatt“ zufolge wird als Nachfolger des Schweizerischen Gesandten in Berlin Dr. Haabs der Nationalrat Engler genannt. In höheren politischen Kreisen wird auch von Altbundesrat Hoffmann gesprochen. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen.

U. Gillingen, 16. Dez. In der Nacht zum Samstag wurde der Zugführer Körber aus Karlsruhe auf dem hiesigen Staatsbahnhof von einem aus der Richtung von Napoli kommenden Schützling erschossen und getötet.

W. Baden-Baden, 17. Dez. In der vergangenen Woche ist hier Hauptmann a. D. Fritz Ferdinand v. Lütjohaus, Ehrenritter des Johanniterordens, gestorben. Er war im öffentlichen Leben hier vielfach hervorgetreten, gehörte lange Zeit dem Bürgerausschuss und der evang. Kirchengemeinderversammlung an und beschäftigte sich sehr lebhaft im Bad. Frauenverein.

H. Unterkirch, 16. Dez. Sägewerksbesitzer August Bech wurde zum Bürgermeister seiner Gemeinde gewählt.

Pfatz, Hesse und Umgebung.

p. Frankenthal, 16. Dez. In das Lagerhaus der hiesigen Zuckerfabrik wurde nachts eingebrochen und 11 Zentner feiner Zucker entwendet. Die Diebe wurden bei der Arbeit angetroffen und gefasst, dem am dem anstehenden Vormittag wurden morgens noch 3 Ratten vorgefunden.

p. Kaiserlautern, 16. Dez. Zwei 18-jährige Burschen, Max Lorenz und Karl Bog von Wocklautern, balgten sich aus Mitleid vor dem Schwertischen Warenhaus herum. Dabei stieß der eine mit solcher Wucht in eines der mehrere Meter hohen und breiten Schaufenster, daß dieses zertrümmert wurde und der Kopf durchging. Passanten halfen dem Burschen aus seiner gefährlichen Lage. Er hatte erhebliche Kopfverletzungen erlitten.

v. Zweibrücken, 14. Dez. Ein Dreibrüdermord wurde gestern Nachmittag von der Arbeitshütte in der Dingslerischen Maschinenfabrik weg durch die Genbarmerie in der Person des Arbeiters David Schäfer aus Rodalben festgenommen. Er ist beschuldigt, an dem großen Diebstahl in der Pfälzischen Lederwerke beteiligt gewesen zu sein, wobei für mehrere tausend Mark Dreibrüdermord begangen wurde.

o. Oppenheim, 11. Dez. Eine strenge Kontrolle der Hausbeschlüsse hat das hiesige Kreisamt für alle Gemeinden des Kreises angeordnet. Wie die Behörde selbst feststellt, wird vielfach eine folgenschwere Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen über die Hausbeschlüsse dadurch versucht, daß Hausbesitzer vor dem Wliegen des geschätzten Tieres Fleischstücke zerhackt und so dazu beitragen, daß nicht alles Fleisch verworfen wird. Auch sogenannte Schwarzfleischungen, für die keine Genehmigung vorliegt, sollen verfolgt werden. Das Kreisamt droht allen Hausbesitzern, die sich in der angegebenen Weise verhalten, die Unterbrechung des Gewerbebetriebs und unumkehrliche Strafverfolgung für die Selbstverleumdung und die Weigerung an. Alle Genbarmerieaktionen sind zur strengsten Kontrolle angeordnet worden.

o. Offenbach, 13. Dez. Eine einzig dastehende Einrichtung auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens hat man hier getroffen. Als motorischen Schulwägen sämtlicher Schulgruppen der hiesigen Volksschule wurden sechs zu einer besonderen Klasse vereinigt. Auch hiesige Schüler, die infolge mancherlei, erblicher Veranlagung leicht gefährdet erscheinen, wurden dieser Klasse zugewiesen. Man hofft dadurch vor allem, das hohe Beispiel solcher verantwortlichen Kinder von anderen Schülern fernzuhalten und durch ein geeignetes Erziehungsverfahren die drohende Zwangsverweisung noch im letzten Augenblick verhüten zu können; und dies umso mehr, als Offenbach ohnehin schon eine recht erhebliche Summe für Zwangsverweisungsfälle alljährlich aufbringen muß. Um die Schulwägen möglichst von der Straße und ihren Gefahren für willensschwache Menschen fernzuhalten, erhalten sie ihre Befähigung um 10 Uhr, 12 Uhr und 4 Uhr nachmittags im Schulhaus. Gerade der letzte Punkt soll bei den Kleinen besonders stehen. Auch sonst ist man bis jetzt mit dem Erfolge dieser interessanten Neueinrichtung durchaus zufrieden.

Die Deutsche Vaterlandspartei

tritt heute mit einem Aufruf vor die Bürgerschaft Mannheims und Ludwigshafens und wird um Freunde und Mitarbeiter für ihre Sache. Der Aufruf trägt bereits zahlreiche Namen angesehener Mitbürger aus allen Schichten der Bevölkerung. Die viel geschmähte und viel angefeindete Vaterlandspartei hat auch in Mannheim und der Pfalz Fuß gefaßt. Das ist ihr nicht leicht gemacht worden. Man denke nur an die heftige Verhöhnung durch die Blätter der Linken. Die Frankfurter Zeitung z. B. hat doch sicher viel mehr Geschöle gegen die Vaterlandspartei aufgeschrien, als gegen die Engländer, so könnte man fast sagen, wenn man fast täglich in ihren Spalten einen giftigen Erguß gegen die Vaterlandspartei liest. Und dennoch! Sie hat sich durchgesetzt, auch unter den Kanonen der Frankfurter Zeitung, und dringt vor. Nun will sie auch in Mannheim und Ludwigshafen ihre Getreuen sammeln und neue Getreue dazu werben in allen Kreisen der Bevölkerung, ohne Ansehen der Partei und des Einkommens. Sie will nicht in den Besitzstand der alten Parteien eingreifen, die aus den inneren Verhältnissen vor dem Kriege hervorgegangen sind, sie will nur sammeln und zusammenhalten, alle Elemente und Kräfte im deutschen Volk, die ihm eine große Stellung in der Zukunft erschaffen und erstreben wollen, die die Kraft des Ausdauerns und Durchhaltens besitzen und sie andern mitteilen wollen, auch dadurch mitteilen wollen, daß sie den politischen und sozialen Forderungen der Arbeiterklasse offenen Sinnes entgegenkommen und der wirtschaftlichen Not der Kinder der Mittelklasse nach Kräften wehren. Das ist auch vaterländische Pflicht und in der Heimat soll die vornehmste vaterländische Pflicht und darum auch Sache der Vaterlandspartei.

Unter einem guten Stern vollzieht sich die Gründung einer Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen. In diesen Tagen des Abschlusses eines Waffenstillstandes bewährt sich der Geist, den die Vaterlandspartei in die deutschen Herzen pflanzen wollte, der Geist, aus dem heraus Hindenburg in jenen Septembertagen dem deutschen Volk zurief: Halte aus, glaube nicht den Rügen und Wunden, den Szeptern und Internationalen, wir haben die Kraft zum Kampf bis ans Ende und zum Sieg. Das war ja, was die Vaterlandspartei vor allem erstrebte, die deutsche Kraft und den deutschen Willen härteren zu erhalten, bis wie durch sind. Wehe uns, wenn wir damals zusammengebrochen wären! Die Deutsche Vaterlandspartei hat mitgeholfen, daß der Wille wach und eifern blieb, sie wird so auch in Mannheim und Ludwigshafen sicher einen großen Anhang finden.

Letzte Meldungen.

Der Wiener Bericht.

Wien, 17. Dez. (WTB. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Waffenstillstand.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zwischen Brenna und Piave wurden jüdisch des Col Caprie neuerlich 400 Gefangene eingebracht. Weiter östlich heftigsten feindliche Angriffe. In der Piave Artilleriekämpfe. Hauptmann Brumowski erlang seinen 27. Luftsteg.

Der Chef des Generalstabs.

Bildung einer Landesmiliz in Italien.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Pr.-Tel., g. R.) Die Neue Zürcher Zeitung meldet von der italienischen Grenze: Zahlreiche osterländische Vereinigungen in Oberitalien befürworten die Bildung einer Landesmiliz für die Landesverteidigung und empfehlen in Aufrufen an die Bevölkerung die eifrige Pflege des Scheibenschießens.

Die beste Antwort Oesterreichs an Lloyd George.

m. Wien, 17. Dez. (Pr.-Tel.) Die „königliche Zeitung“ meldet aus Wien: Der Antrag der siebten Kriegsanleihe in Oesterreich mit 55 Milliarden Kronen, der sich durch den Winkauf weiterer Meldungen noch erheblich steigern wird, ist die beste Antwort, die heute Lloyd George auf seine netzte demagogische Des- und Schimpfede aus Oesterreich erhält. Gerade er war es doch, der zu Anfang des Krieges festgesetzt und großmütig erklärte, die letzten Hundert Millionen Pfund Sterling würden den Krieg entscheiden, und der das Schlimmste von den fälschlichen Ängeln hinausposaunte. Statt weniger, werden auch in dem mitleidig als zum Verkauf verurteilt hingewiesenen Oesterreich der Milliarden, die es für seinen heroischen Anteil am Krieg zu zahlen hat, drei und dreieißig Milliarden Kriegsanleihe auf dieses mifachete Donnerschlag in seinen beiden Hälften nun schon zusammengekauft. Das heißt also nicht darnach aus, als ob es zu den triebführenden Parteien gehören wird, denen die silbernen Ängeln zuerst ausgedehnt werden. Der Opfermut seiner Väter an der Front und dahinter ist noch lange nicht erschöpft und vollbringend belohnt, die noch immer eine Schenkung betreiben, die den Gegenseiten zum Bewußtsein bringen wird, daß sie sich verrechnet haben, wenn sie auf seine Unfähigkeit gerechnet haben.

Schneller Wunsch der Ukrainer, Odesa ihnen einzuerstehen.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Pr.-Tel., g. R.) Der Neuen Zürcher Zeitung zufolge meldet Havas aus Odesa, daß die Idee, diese Stadt an sich zu nehmen, in der Ukraine an Boden gewinnt. Alle Proklamationen werden von dem Truppenkommandant unterzeichnet, der von der ukrainischen Zentrale ernannt wurde. Die Politik derselben ist den Romanen feindlich.

Benellos über die Abrechnung Sarrolla.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Pr.-Tel., g. R.) Aus Paris wird gemeldet: Die Frage der Abrechnung Sarrolla hat die letzte Pariser Konferenz, wie sich jetzt herausstellt, sehr hart beschäftigt. Sie beschäftigte sich weiter den internationalen Kriegsvertrag, an den sie überwiegen worden ist. Man hob sich über die Annahme, daß sowohl Benellos wie auch Benellos die Abrechnung in der Konferenz angesprochen hätten. Benellos habe sogar kategorisch erklärt, daß er nicht in der Lage sei, die allgemeine Abrechnung in Widerspruch anzunehmen, wenn man der Selbstverpflichtung nicht ganz besondere Aufmerksamkeit und zwar im Sinne der von ihm vertretenen Auffassung schenke.

Das schwere Eisenbahnunglück bei Modane.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Pr.-Tel., g. R.) Am Eisenbahnunglück bei Modane erlöset die Neue Zürcher Zeitung noch ergänzend aus Wien, daß nicht 900, sondern nur 600 französische Soldaten verletzt wurden. Die große Zahl der Opfer erlöset sich daraus, daß der entgleitete Zug weiter hinauf von Sabotage keine freie Weite fand, es handelte sich vielmehr um ein sehr bedauerliches Unglück und nicht um ein Verbrechen. Die Sabotageur gibt keine Zahl an Toden und Verletzten an, sondern berichtet lediglich, daß die Familien der Opfer so rasch wie möglich benachrichtigt und Maßnahmen getroffen würden, um den Verletzten die nötige Hilfe angedeihen zu lassen.

Ein neues Eisenbahnunglück in Lyon.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Pr.-Tel., g. R.) Der „Neuen Zürcher Zeitung“ zufolge ereignete sich in Lyon ein neues Eisenbahnunglück, zwei Züge riefen infolge falscher Wechselschaltung aufeinander, vier Arbeiter wurden getötet, mehrere verletzt.

Heftige Schneefälle in Südrussland.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 17. Dez. (Pr.-Tel., g. R.) Aus Wien meldet die Neue Zürcher Zeitung: Folgende heftigen Schneefälle in Südrussland sind dort fast alle Telefon- und Telegraphenverbindungen unterbrochen.

Ein Demoral der Firma Schiffsbau, Essen.

Essen, 17. Dez. (WTB. Nichtamtlich.) Die Firma Th. Godefridt, A.-G., teilt mit, daß die Nachricht Berliner Zeitungen über die Verwendung von Inhabersanteilen des Güterbezirks bei Drankenburg vollkommen auf Grund beruht.

Ein Sanftionsvorschlag wegen Geschäftsverhältnisse.

o. Berlin, 17. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Aus Kreisel wird gemeldet, daß ein Sanftionsvorschlag vorliegt. Die Stadt hatte Güter bezogen und dies zum Höchstpreis von 650 M. für das Tfd. abgekauft. Hierin hat die Preisveränderung in Berlin eine Überforderung des Höchstpreises erfüllt und gegen den Oberbürgermeister Strafantrag gestellt. Was der Oberbürgermeister von Kreisel getan hat, das haben aber alle Oberbürgermeister Groß-Berlins und umwiegend ganz Deutschland, das haben auch die Leiter aller Großbetriebe und hohen Reichs- und Staatsstellen getan. Man darf wohl annehmen, daß die Durchführung des Kaufvertrages mit den weiteren Verlust der Kreisel Affäre nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Ein Sanftionelle Deutsches des Reichsminister Meißner.

o. Berlin, 17. Dez. (Von unserem Berliner Büro.) Der Reichsminister Meißner hat eine Denkschrift an das Reichsministerium gerichtet, deren Inhalt nach dem hiesigen Vernehmen durch die vorgelegte Behörde verboten wurde. Die Schrift, welche schwere Vorwürfe gegen amtliche Lebensmittellieferanten enthält, war aber bereits einigen Stadterordneten vorgelesen und wird jetzt im „Vormittag“ unter dem Titel „Der Zusammenhang des Systems „Wald“ mit dem Reichsversorgungsamt“ veröffentlicht. Der Schriftsteller, welcher sich nicht als Reichsminister, sondern als „Vormittag“ bezeichnet, ist ein Mann, der sich nicht mehr als Reichsminister, sondern als „Vormittag“ bezeichnet. Die Denkschrift des Reichsminister Meißner wird so nicht gerade geliebt haben.

Wie der „Vormittag“ bei dieser Gelegenheit mitteilt, gibt Herr von Waldow, den Reichsminister Meißner wegen seiner eigenen Sprache mit Disziplinarmäßigkeiten bestraft. Herr von Waldow Stellung soll schon seit geraumer Zeit für erlöset. Die Denkschrift des Reichsminister Meißner wird so nicht gerade geliebt haben.

Handel und Industrie.

Vom süddeutschen Kohlenmarkt.

Mannheim, 15. Dez. Immer um diese Zeit ist der Markt am stärksten angepannt, weil sich zu dem großen Industriebedarf die vermehrten Anforderungen für Hausbrand gesellen. Die Ver-

sorgung des Marktes dürfte daher wohl auch jetzt in den kritischen Zeitpunkt eingetreten sein. Die auf den Zechen lagernden Bestände an Brennstoffen werden wohl auf die anscheinliche Höhe von rund 300 000 Doppelwaggons (zu 10 000 kg) geschätzt, so daß von einer eigentlichen Kohlenknappheit nicht gesprochen werden kann. Die Hauptschwierigkeiten liegen vielmehr in der Transportfrage. Wenn es nicht verabsäumt worden wäre, den süddeutschen Markt zeitig auf dem Wasserweg besser zu beliefern, so stünde man heute nicht den Schwierigkeiten gegenüber, die die Zuführung der Brennstoffe an den Konsum verursacht. Die Anforderungen von seiten des süddeutschen Großgewerbes waren in jüngster Zeit ungewöhnlich groß, die Wagenbereitstellung hingegen ließ viel zu wünschen übrig, so daß selbst in Fällen, wo am Oberrhein genügend Ware greifbar war, die Bedienung der Kundschaft sehr verzögert wurde. Das Drängen der Abnehmer nach rascher Zuweisung von Ware mußte ungehörig verhalten angesichts der Unmöglichkeit, ausreichende Bahnwagen zum Transport zu erhalten. Viele Werke mußten sich mit ihren Vorräten belaufen oder, wo keine vorhanden waren, vorübergehende Einschränkungen einstreuen lassen. Daß mit dem fallenden Wasser die Beibringung von Brennstoffen mittels Schiff ebenfalls verzögert wird, erhöht nur noch die Versorgungsschwierigkeiten. Nachdem für Beförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse die Beanspruchung von Bahnwagen jetzt allmählich weiter abnehmen wird, erhofft man in Kürze eine Besserung im Kohlentransport, ohne freilich in dieser Hinsicht eine allzu optimistische Auffassung zu haben. Vorderhand ist der Markt freilich noch immer einer starken Belastungsprobe ausgesetzt. Wie wenig wäckerlich die industriellen Verbraucher geworden sind, erhellt am deutlichsten aus der Tatsache, daß selbst die geringwertigsten Sorten vom Verbrauch nicht zurückgewiesen werden. Schlammkohle und Grus sind begierig Artikel geworden, die aber bei der Transportiere eben auch nur in beschränkter Menge beigebracht werden können. Die stärkste Auswahl wies der Markt in Förderkohlen auf, ohne daß diese freilich ausreichen. Ruhrkohlen und Schmiedehäute kommen stets nur in kleinerem Umfang beschafft werden. Sehr knapp waren auch Anthrazinüsse am Markt vertreten, die für Hausbrandbedarf dringend angefordert wurden. Die Zufuhren von Feinkohle waren beschränkt, was besonders die oberrheinischen Bricketfabriken empfindlich traf, weil sie in ihrer Erzeugung dadurch erheblich eingegrenzt wurden. Am Bricketmarkt war die Beschaffung von Efformbricketts angesichts der mäßigen Andienungen schwierig. Braunkohlenbricketts wurden in bisherigem Rahmen vom Syndikat zur Verfügung gestellt. Steinkohlenbricketts wurden hauptsächlich den Eisenbahnen usw. überwiesen. Die Andienungen am Kohlenmarkt decken sich mit dem Bedarf auch weiterhin nicht. Erheblich war außerordentlich schwer erhältlich, Grobholzes wohl etwas besser, aber auch nicht in ausreichendem Maß. Viele süddeutschen Eisengießereien klagten über ungeliebte Zuweisung in Köln.

Gußstahlwerk Witten, Witten u. d. Ruhr.

o. Düsseldorf, 17. Dez. (Pr.-Tel.) Zwischen der Verwaltung und der Minderheit der Aktionäre, welche in der Generalversammlung vom 23. Oktober 1917 gegen die Beschlüsse Protest eingelegt und im Verfolg dieses Protestes Anfechtungsklage gegen die Beschlüsse einreichten, sind Verhandlungen auf außergerichtliche Beilegung der Differenzen eingeleitet. Voraussichtlich wird in den nächsten Tagen die Klage zurückgezogen und die Gültigkeit der Beschlüsse der Generalversammlung dadurch herbeigeführt, so daß die Auszahlung der Dividende von 27% nun erfolgen kann.

Mannheimer Produktionsbörse.

Klebsamen.

Offizielle Höchstverkaufspreise der Händler vom Erzeuger per 50 Kilogramm netto ohne Sack, gute Durchschnittsqualität

Rotklebe, seidefrei, inländischer	250.-
Weißklebe, seidefrei	152.-
Schweidlich-Klee, seidefrei	200.-
Gelbklee, erdlos, seidefrei	90.-
Gelbklee in Kapp-n	6.-
Inkarnatklebe, seidefrei	—
Luzerne, seidefrei	—
E. parside	60.-

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 17. Dez. (Pr.-Tel.) Die Börsenwoche eröffnete auf den meisten Gebieten in fester Haltung, wozu die günstige Beurteilung der politischen Situation den Anlaß bot. Bei lebhaftem Geschäft setzten Petroleumwerte ein, welche anscheinlich im Kurse gesteigert wurden. Deutsche Erdöl- und Deutsche Petroleum höher. Letztere konnten einen größeren Teil ihres Dividendenabzuges einlösen. Schiffahrtsaktien waren meist etwas höher, so besonders Nord-Lloyd und Paketfahrt, von Montanwerten, die gleichfalls im allgemeinen fester tendierten, standen die Aktien des Bochumer Vereins, Harpener, Deutsch-Luxemburger im Vordergrund des Interesses. Von Elekrownen sind Schuckert und Siemens-Halske schwächer; bei diesen Aktien wirkten die Abschlüsse nach Deutsche Kali erzielen weitere Besserung. Westereisen zogen ebenfalls an. Am Marke der ausländischen Aktien machte sich gleichfalls festere Haltung bemerkbar. Türkische Tabak, Orientbahn und Lombarden wurden höher. Russische Werte wurden ebenfalls lebhafter umgesetzt. Neben Zellstoff Waldhof, die höher angingen, sind auch Aschaffenburg und Zellulose Kosheim beachtet. Chemische Werte hatten eine festere Tendenz, besonders Th. Goldschmidt, Höchster Farben und Scheideanstalt. Rüstungswerte lagen ruhig bei behaupteten Kursen.

Am Rentenmarkt entwickelte sich regerer Verkehr in belmischen Anleihen, Russen gebessert. Die Börse schloß auf den meisten Gebieten in fester Tendenz. Bevorzugt wurden Montanaktien, Privatbankaktien 4 1/2 Prozent.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 17. Dezember (Devisenmarkt)

Auszahlungen für:	17.	13.
Konstantinopol	20.05	20.15
Holland 100 Gulden	248.75	249.25
Dänemark 100 Kronen	185.50	186.50
Schweden 100 Kronen	207.75	208.25
Neuwagen 100 Kronen	189.25	189.75
Schweden 100 Franken	134.50	134.75
Öst.-Ungarn 100 Kronen	64.20	64.20
Spanien	130.75	131.75
Balkanien 100 Lira	80.-	80.-

Berlin, 17. Dez. (WTB.) Auf den Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland zeigte die Börse auf der ganzen Linie ein recht festes Aussehen, wenn auch das anfänglich lebhafteste Geschäft später ruhiger wurde. Begünstigt wurden besonders die von Wien abhängigen Werte, sowie Schiffahrts- und Petroleumwerte. Von den ersteren waren namentlich Kredit, türkische Tabak und Orientbahn höher; von Schiffahrtsaktien bei lebhaftem Umsatz Hansa, Södanerika, Paketfahrt und Lloyd und von Petroleumaktien Erdöl und Straus Romana. Von Montanwerten standen besonders Bochumer auf die angeblich geplante Kapitalerhöhung im Vordergrund, die anderen Werte waren weniger verändert. Chemische, Elektro- und Rüstungswerte hatten stilles Geschäft. Von russischen Werten wurden Banken höher umgesetzt. Von belmischen Anleihen waren wiederum 3- und 3 1/2proz. bevorzugt.

Berliner Produktionsmarkt.

Berlin, 17. Dez. (Waremarkt.) Die Preise sind gegen die des Samstag unverändert. Berlin, 17. Dez. (Waremarkt.) Der Verkehr im Produktionsmarkt war zu Beginn der neuen Woche recht still. Ueber den Rüstungsgeschäft ist nicht viel zu berichten, auch für Rauhummur bleibt die Situation unverändert. Von Siamerisen sind Röllchen, Klebsaat und Spögel lebhaft begehrt. Für Seradella erwartet man baldigst eine Herabsetzung der Richtpreise. Die rege Nachfrage nach Saathafer kann nur schwerlich gestillt werden.

